

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Langfristige Folgen rechter Gewalt

Liebe LeserInnen, liebe FreundInnen

Der brutale Angriff einer Gruppe Rechtsextremer auf Mitglieder des Theaterensembles in Halberstadt in der Nacht zum 10. Juni sorgt überregional und selbst außerhalb von Deutschland für Aufsehen. Insbesondere das Verhalten der Polizei vor Ort wird von verschiedenen Seiten stark kritisiert. Das Fehlverhalten von PolizeibeamtInnen nach einem Angriff ist für die Mobile Opferberatung nichts Neues. Immer wieder berichten Opfer von rechter Gewalt, dass die Polizei Hinweise auf sich noch in der Nähe befindliche AngreiferInnen ignoriert; dass die Personalien von nicht direkt beteiligten ZeugInnen nicht aufgenommen werden, obwohl sie in einem Prozess entscheidende Aussagen machen könnten; und dass PolizistInnen mehr Zeit mit der nicht immer freundlichen Befragung der Opfer als mit der Vernehmung der Tatverdächtigen verbringen. Dass das Entsetzen, welches den Medien nach dem Angriff auf die SchauspielerInnen und über das Verhalten der Polizei zu entnehmen war, nachhaltige Veränderungen im Umgang mit rechter Gewalt

bewirkt, ist aus unserer Erfahrung eher unwahrscheinlich.

Regelmäßig finden rassistische Gewalttaten, rechte Gewalt gegen Punks, gegen Schwule und Lesben, gegen Nicht-Rechte in Sachsen-Anhalt statt. Nur selten gibt es Meldungen im Lokalteil der Zeitungen; ab und zu auch in der überregionalen Presse. Rechte Gewalt ist in Sachsen-Anhalt eine alltägliche Erscheinung. Doch viel zu selten gibt es nachhaltige Solidarisierungsbekundungen auf Seiten der politischen Führung des Landes oder der Kommunen, so gut wie nie Signale aus der Bevölkerung und viel zu wenig öffentliche Kritik.

Die langfristigen Folgen eines rechten Angriffs sind für die Opfer meist schwerwiegend. Nach einem Angriff bleibt die Angst, so etwas kann immer wieder passieren. Die Betroffenen fühlen sich nicht mehr sicher, viele wollen den Wohnort verlassen. Auch Jahre nach dem Angriff können die meisten sich nicht mehr sorglos durch die Stadt be-

wegen: Sie haben das Gefühl, permanent auf der Hut sein zu müssen. Die psychische Belastung ist noch höher, wenn – wie so oft – das Umfeld nicht unterstützend reagiert. Wenn die TäterInnen von der Polizei verschont bleiben, wenn die Justiz die rechte Motivation nicht sehen will, wenn in Familien- und Freundeskreisen eher das Verhalten der Opfer als die Aktionen der TäterInnen hinterfragt werden.

Ein zentrales Element im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus muss die sichtbare Unterstützung Betroffener rechter Gewalt, nicht allein durch die Mobile Opferberatung, sondern durch breite gesellschaftliche und politische Kreise sein. Die Unterstützung der Opfer ist ein Signal an die TäterInnen, dass ihre politischen Ziele und ihr Vorgehen geächtet und sowohl gesellschaftlich als auch strafrechtlich sanktioniert werden. Leider kann davon in Sachsen-Anhalt nicht die Rede sein. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Halle

Koordination und Projektleitung
Platanenstr. 9; 06114 Halle
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 92 53
61, 0170/2 94 84 13 oder 0151/53 31 88 24
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Salzwedel

Am Hafen 11a; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

27. April/Grabow

Während einer Party werden fünf alternative Jugendliche vor der Tür von neun zum Teil verummumten Rechten mit Schlagringen angegriffen und verletzt. Eine Betroffener kann fliehen und Hilfe holen. Die polizeibekannt Rechten werden gestellt. Es wird wegen gefährlicher Körperverletzung gegen sie ermittelt.

28. April/Burg

In der Nähe des Bahnhofs wird ein jugendlicher Punk von drei Rechten angehalten und unvermittelt ins Gesicht geschlagen. Anschließend werden ihm die Arme nach hinten gedreht und in den Rücken getreten. Nachdem die Angreifer von ihm ablassen, ruft er per Mobiltelefon Freunde zur Hilfe. Als sie am Bahnhof eintreffen, werden sie von einer größeren Gruppe Rechter die Treppe hinuntergetreten.

Vor Gericht:

Prozess nach Angriff auf Punk in Aschersleben

Wegen eines brutalen Angriffs auf einen damals 19-jährigen Punk mussten sich ab dem 22. März acht junge Männer im Alter zwischen 17 und 22 Jahren wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung vor dem Amtsgericht Aschersleben verantworten. Der Prozess endete vier Wochen später mit Jugendstrafen zwischen sechs und neun Monaten auf Bewährung. Gegen den Haupttäter wurde eine eineinhalbjährige Jugendstrafe verhängt.

Der Betroffene hatte sich in der Nacht vom 7. zum 8. April 2006 gegen 0 Uhr nach einer telefonischen Verabredung mit dem stadtbekannt Rechten Christoph M. getroffen. Im Laufe eines kurzen Gesprächs machte der Rechte keinen Hehl aus seiner neonazistischen Gesinnung. Plötzlich, für den Punk völlig unerwartet, kamen etwa ein Dutzend Jugendliche bedrohlich auf ihn zu. Nach dem Ruf „Ich haue dem zuerst auf’s Maul“ versuchte der Punk, sich in ein Wohnhaus zu flüchten. Bevor er jedoch die Eingangstür schließen konnte, traten seine Verfolger mit voller Wucht dagegen. Plötzlich fand sich der Betroffene im Keller des Hauses auf dem Boden liegend wieder. Mit den Armen versuchte er, sich vor gezielten Tritten mehrerer Angreifer gegen seinen Kopf zu schützen. Auch als der Punk mehrmals laut um Hilfe schrie, ließen die Schläger nicht von ihm ab. Erst als jemand rief „Die Bullen kommen“, flüchteten die Angreifer. Der Betroffene musste mit einer starken Schwellung und Hämatomen am linken Auge sowie zwei Schneidezahnabbrüche ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

Die Zecke platt machen

Fünf der Angeklagten ließen sich vor Gericht zur Sache ein. Drei gaben eine Tatbeteiligung zu, wollten den Betroffenen allerdings grundlos angegriffen haben. Sie hätten Christoph M. und den Punk von der Wohnung aus, in der sie gefeiert haben, gesehen und sich spontan entschlossen, auf die Straße zu gehen. Zur Tatzeit seien fast alle angetrunken gewesen. Deshalb könnten

sie sich nicht mehr detailliert an den Ablauf erinnern. Auch seien sie bis auf Christoph M. keine Rechten.

Ein Zeuge hatte allerdings unmittelbar vor dem Angriff aus der Wohnung „Sieg Heil“-Rufe gehört und zwei bis drei Personen auf dem Balkon gesehen, die den „Hitlergruß“ gezeigt haben. Laut Polizei sei zudem von der Wohnung der Ort nicht einsehbar, an dem Christoph M. und der Punk sich getroffen haben. Am dritten Verhandlungstag sagte schließlich auf Initiative der Nebenklagevertretung die Mutter eines der Angeklagten aus: Ihr Sohn habe ihr erzählt, Christoph M. sei auf die Party gekommen und habe die Feiern aufgefördert, „die Zecke platt zu machen“.

Der bekennende Rechte Christoph M. schwieg vor Gericht zu den Vorwürfen. Warum der Rädelsführer des Angriffs erst mehr als ein halbes Jahr nach der Tat, Ende November 2006, wegen Wiederholungsgefahr kurzzeitig in Untersuchungshaft genommen wurde, bleibt für den Betroffenen unverständlich. Zur Tatzeit war der bekennende Rechte bereits wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestraft, die Strafe wurde aber zur Bewährung ausgesetzt.

Haft und Bewährungsstrafen

Wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung verurteilte das Amtsgericht alle Angeklagten nach dreitägiger Hauptverhandlung zu (Jugend)strafen zwischen sechs und neun Monaten, die jeweils zur Bewährung ausgesetzt wurden, sowie zur Ableistung gemeinnütziger Arbeit. Unter Einbeziehung eines Urteils aus dem Jahr 2005 wurde Christoph M. wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und Verwendens verfassungsfeindlicher Kennzeichen zu einer eineinhalbjährigen Jugendhaftstrafe verurteilt. Sein Verteidiger kündigte Berufung an. ■

Wie ein weiterer Schlag ins Gesicht

Der antisemitische Vorfall in Parey bleibt ungesühnt

„Wir können das nicht glauben!“, sagt die Mutter von Andreas B., nachdem ihr das Urteil der Hauptverhandlung am Jugendgericht in Burg zu den antisemitischen und rechten Angriffen an der Sekundarschule in Parey im September und Oktober 2006 zu Ohren gekommen ist: Einstellung des Verfahrens wegen Volksverhetzung mit der Auflage von ein paar „Sozialstunden“ als Strafe für vier der fünf Angeklagten und eine auszuhandelnde Schmerzensgeldzahlung für den geständigen Täter, der die Körperverletzung begangen hat.

Andreas B. wechselt zum Schuljahr 2006/2007 an die Sekundarschule in Parey. Er will dort seinen Abschluss machen. Kaum eine Woche nach den Sommerferien wird der Punk von einer Gruppe von MitschülerInnen auf dem Schulhof umzingelt und zu Boden gestoßen. Dabei wird sein Unterarm angebrochen. Schon die Tage zuvor hatten diese SchülerInnen Andreas B. und seine Freunde als „Kommunisten“ und „Scheiß Zecken“ beschimpft.

Schimpfen, stoßen, demütigen

Noch kennt er die Namen der einzelnen Angreifer nicht, erstattet jedoch mit seinem Vater zusammen Anzeige bei der Polizei. Denn er hat mitbekommen, dass jemand aus der Gruppe diesen Angriff per Foto-Handy aufgenommen hat. An der Schule hat der Angriff keine weiteren Folgen – auch nicht als sich die Eltern an Schulleitung und Schulaufsicht wenden.

Am 12. Oktober wieder auf dem Schulhof in Parey: Andreas B. trägt inzwischen keine Irokesenfrisur mehr. Er hat sich die Haare geschnitten, weil er sich dadurch bei den anstehenden Bewerbungsgesprächen größere Chancen erhofft. „Jetzt sehe ich doch aus wie einer von euch, nicht wahr!“ Mit diesen Worten geht Andreas B. auf die Schülergruppe zu, aus der er wenige Wochen zuvor attackiert worden war. Plötzlich holt einer aus der Gruppe ein handgeschriebenes Schild hervor und fordert ihn auf, sich das Schild um den Hals zu hängen und damit über den Schul-

hof zu laufen. Angesichts der bedrohlichen Situation und seinen Erfahrungen mit seinen MitschülerInnen hängt Andreas B. sich das Schild um, ohne auf den Text zu achten. Diesmal greift eine beherzte Lehrerin ein. Auf dem Schild steht: „Ich bin im Ort das größte Schwein, ich lass mich nur mit Juden ein.“

Die Aufschrift ist mit bedacht gewählt. Sie spielt auf das bekannte Foto an, das 1933 in Cuxhaven aufgenommen wurde: SA-Männer führen einen jüdischen Geschäftsmann und seine Freundin mit Schildern um den Hals durch die Stadt. Ein Ausschnitt des Bildes, der die Frau mit einem Schild um den Hals mit fast identischer Aufschrift wie der aktuell benutzten zeigt, ist heute im Geschichtsbuch für die 9. Klasse in Sachsen-Anhalt zu finden.

Mangelnde Solidarität, kaum Verständnis

Der Vorfall schlägt hohe Wellen. Parey gerät weltweit in die Schlagzeilen. Vor Ort hat man schnell die Schuldigen ausgemacht: das Opfer und seine Familie. Kaum jemand erkundigt sich nach dem Befinden des Jungen. Weder Nachbarn noch politisch Verantwortliche kümmern sich um die Nöte der Familie. Bis heute stellt sich die Schule nicht den Vorgängen und glaubt, mit einem einzigen Projekttag zum Thema die öffentlichen Gemüter besänftigt zu haben. Und selbst das Innenministerium vertritt in seinem vierten Bericht des IMAK Extremismusprävention vom 20. Februar 2007 immer noch die Ansicht, dass sich der betreffende Schüler das Schild ja selbst umgehängt hätte, nachdem er zuvor die größere Schülergruppe provoziert habe.

Am 7. Juni 2007 fand die Verhandlung beim Jugendgericht statt, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, im Interesse der Jugendlichen. Die Nebenklage des jugendlichen Opfers und seiner Eltern ließ die Richterin nicht zu. Sie schickte die Eltern sogar aus dem Gerichtssaal, die sich brüskiert und erneut nicht ernst genommen fühlen. Andreas B. ist dennoch erleichtert: „Ich hab’s geschafft. Es ist endlich vorbei.“ ■

28. April/Halle

In den frühen Morgenstunden begegnen drei nichtrechte Jugendliche auf dem Heimweg ca. 15 Personen, unter ihnen ein stadtbekannter Neonazi.

Dieser ruft plötzlich „Da läuft die Antifa“, woraufhin die Gruppe sofort auf die drei losgeht.

Sie werden angepöbelt, an die Wand gedrückt, mit Fäusten ins Gesicht geschlagen und getreten. Den Betroffenen werden zudem Teile der Kleidung zerstört und Buttons gestohlen.

Es wird Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung und Raub erstattet.

29. April/Ballenstedt

Bei einer Geburtstagsparty alternativer Jugendliche tauchen drei rechte Jugendliche auf. Die Partygäste schicken die Rechten weg, die daraufhin mit ca. zehnköpfiger Verstärkung wiederkommen, anfangen zu randalieren und die alternativen Jugendlichen angreifen. Zwei Partygäste erleiden dabei Verletzungen. Die Betroffenen erstatteten Anzeige.

1. Mai/Halberstadt

Fünf Antifas werden auf dem Bahnhof von einer Gruppe von vier bis fünf Rechten angegriffen.

Die Nazis bespucken die Betroffenen, bekippen sie mit Bier und werfen mit Bierflaschen nach ihnen. Die Antifas flüchten sich in einen Zug, dabei tritt einer der Angreifer einer 19-Jährigen in die Rippen. Die Rechten versuchen die Betroffenen in den Zug zu verfolgen, schlagen und treten gegen die Tür. Sie skandieren dabei „Heil Hitler“ und zeigen den Hitlergruß. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

1. Mai/Magdeburg

Am Hauptbahnhof wird gegen 18 Uhr ein Deutscher äthiopischer Herkunft aus einer Gruppe Rechter heraus angegriffen.

Die Angreifer beschimpfen den 42-Jährigen mit „Ausländer raus!“ und „Neger!“. Einer der Angreifer tritt den Betroffenen, der weitere Tritte nur mit Hilfe seines Koffers abwehren kann. Kurz darauf informiert er Polizeibeamte am Haupteingang über den Vorfall, die sofort acht Personen festnehmen. Laut Polizei sind die Rechten alle bekannte Wiederholungstäter. Von den zahlreichen Passanten kam keine Hilfe. Der Staatsschutz ermittelt wegen Körperverletzung und Volksverhetzung.

Die Angst, die bleibt

Die langfristigen Folgen von rechten Angriffen – Interview mit einem Betroffenen

Salomon G. wurde am 20. April 2006 in Magdeburg Opfer eines rechten Angriffs. Die AngreiferInnen, eine 19-jährige Frau und ihr 24-jähriger Freund, wurden wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Körperverletzung am 8. Januar dieses Jahres zu Bewährungsstrafen verurteilt. Sie hatten im vergangenen Jahr am sogenannten Führergeburtstag Salomon G. in Magdeburg-Neustadt zuerst mit rassistischen Sprüchen beleidigt und anschließend tätlich angegriffen.

Opfer rechter Gewalt leiden oft unter Angstzuständen. Die Mobile Opferberatung ist deshalb bemüht, sobald wie möglich mit den Betroffenen in Kontakt zu kommen, um sie bei der Bewältigung des Schocks zu unterstützen. Darüber hinaus versuchen wir, den Betroffenen beim Umgang mit Polizei, Presse, Gerichten und anderen Institutionen Beistand zu leisten. Oft dauern die Ermittlungen lange an und bis zu einem Urteil vergeht viel Zeit. In der Regel ist nach dem letzten Verhandlungstag und der Urteilsverkündung die Aufgabe der Mobilien Opferberatung erfüllt. Aber für die Betroffenen hat ein Angriff Folgen, die noch lange nach der letzten Verhandlung ihre Wirkung zeigen. Im Juni 2007 treffen wir Salomon G. wieder. Er kommt ursprünglich aus Mozambique und wohnt seit 18 Jahren in Deutschland. Er ist Sozialpädagoge, verheiratet und hat drei Kinder. Wir besuchen ihn zu Hause in Magdeburg-Neustadt. Wir möchten erfahren, wie es ihm und seiner Familie jetzt geht, wie sie sich in Magdeburg fühlen und sich in der Stadt bewegen.

Wie geht es Dir jetzt ein halbes Jahr nach dem Prozess und mehr als ein Jahr nach dem Angriff?

Gut, es geht mir gut. Ich bin froh, dass es zu dem Gerichtsverfahren gegen die Angreifer kam. Und ich bin mit dem Verlauf des Prozesses eigentlich auch zufrieden. Es geht mir auch deshalb gut, weil mir seitdem nichts weiteres passiert ist. Leider haben wir es noch nicht geschafft, von hier wegzuziehen. Wir möchten gerne in eine andere Gegend

ziehen, aber das ist schwierig. Meine Frau arbeitet hier in der Nähe. Deshalb müssen wir eine neue Wohnung hier in der Umgebung finden. In der unmittelbaren Nähe gibt es aber keine freien Wohnungen, und auch anderswo haben wir bislang nichts gefunden.

Wohin möchtet ihr denn hinziehen?

Wir würden gern nach Stadtfeld ziehen oder in die Nähe des Hasselbachplatzes. Zwar sind überall in Magdeburg rechte Mentalitäten und Einstellungen anzutreffen – und wir haben schon immer vom schlechten Ruf der Stadt Magdeburg gewusst – aber hier, direkt wo der Angriff stattgefunden hat, wollen wir nicht länger bleiben.

Das Haus hier mit dem Garten ist auch wirklich sehr schön. Es wird nicht leicht sein, so etwas ähnliches zu finden. Dennoch möchtet ihr unbedingt hier weg, warum?

Wir wollen hier weg, ganz klar. Ich bin direkt vor der Haustür angegriffen worden. Wir fühlen uns hier seit dem Angriff einfach nicht mehr wohl. Außerdem gibt es jetzt hier in der Nähe einen neuen Jugendklub. Das macht die Situation auch nicht besser. Wahrscheinlich sind nicht alle Rechte, die sich in dem Jugendklub treffen, aber manche tragen doch dieses Outfit, Bomberjacken und Springerstiefel, und haben kahrlasierte Schädel. Auf dem Weg zum Einkaufen müssen wir zudem an einer Reihe von Bänken vorbei, wo manchmal die eine oder andere Gruppe in diesem Outfit herumsitzt und ihr Bier trinkt. Wenn wir an ihnen vorbei gehen müssen, fühlen wir uns einfach nicht wohl. Immer wenn ich Leuten in diesem Outfit begegne, passe ich sehr gut auf. Ich kann zwar nicht wissen, was in ihren Köpfen vorgeht und was sie denken, aber sie tragen das Outfit der Rechten, und das beunruhigt mich. Ich weiß zwar, das dieses Outfit inzwischen auch Mode geworden ist und nicht unbedingt Ausdruck einer politischen Einstellung ist, aber ich fühle mich unwohl, wenn ich solchen Leuten begegne, und habe Angst, wenn ich sie sehe. Den Kindern geht es auch so: Sie meiden die Straße, wann immer es geht.

Du bist letztes Jahr am 20. April angegriffen worden, dem Geburtstag Hitlers. Hast Du dieses Jahr mitbekommen, dass der sogenannte Führergeburtstag gefeiert wurde? Und hast Du an dem Tag an den Angriff gedacht?

Nein, von Feierlichkeiten habe ich diesmal nichts mitbekommen. Aber an den Angriff habe ich natürlich gedacht. Der Angriff auf mich beschäftigt mich und uns immer noch. Das wird auch nicht besser, durch die Umgebung, in der wir leben. Ich habe ja schon von dem Jugendklub erzählt, der hier neu aufgemacht hat. Aber der Klub ist es nicht allein. Auf der anderen Straßenseite wohnt z.B. ein Mann, der eine Tätowierung auf dem Nacken trägt, die so etwa wie ein Hakenkreuz aussieht. Das alles finde ich unheimlich.

Wie sind Deine Kinder mit dem Angriff umgegangen?

Der Älteste, er ist jetzt fünfzehn Jahre alt, spricht nicht so viel darüber. Aber er ist seit dem Angriff viel zurückhaltender geworden und geht auch weniger raus. Er bleibt viel zu Hause. Wenn wir – nur ein Beispiel – in Berlin Freunde besuchen, ist das anders. Da öffnet er sich, da geht er gerne mit seinen Freunden raus oder zu einer Party. Aber hier, seit dem Angriff, macht er das gar nicht mehr. Vor allem unseren zweiten Sohn, den Zehnjährigen, beschäftigt der Angriff sehr. Wenn er aus dem Haus muss, schaut er sich auffällig oft um, und auf der Straße ist er in ständiger Alarmbereitschaft. Der ganz Kleine hat zum Glück nicht so richtig etwas von dem Angriff mitbekommen. Er war damals zwei Jahre alt. Er hat mit seinen zwei Jahren zum Glück nicht verstanden, was da abgelaufen ist.

Und wie geht es Deiner Frau?

Unser Wunsch ist es, von hier wegzuziehen. Sie kümmert sich sehr darum, dass wir eine neue Wohnung finden. Aber das hat bislang – wie gesagt – noch nicht geklappt. Ansonsten reden wir manchmal über den Angriff. Wir haben das Gefühl, dass es schlecht ist, was alles hier passiert. Meine Frau hat oft Angst um unsere Kinder – und auch um mich, wenn ich bis in die Nacht arbeiten muss. Sie

wünscht sich mehr Mut von Seiten der Bevölkerung und mehr Zivilcourage. Es müsste viel mehr getan werden, damit die Jugendlichen die Sachen anders sehen und nicht mehr rechts eingestellt sind.

Wie lange wohnt ihr schon in Magdeburg? Würdest Du sagen, dass sich Deine Wahrnehmung der Stadt seit dem Angriff verändert hat?

Wir wohnen seit sieben Jahren in Magdeburg. Davor haben wir in Berlin gelebt. Von Anfang an habe ich gewusst, wie es in Magdeburg zugeht, dass es hier solche rassistischen Angriffe gibt. An dem Tag, an dem wir nach Magdeburg ziehen sollten, haben mir einige Freunde gesagt: „Geht nicht hin! Das ist gefährlich. Bleibt doch lieber hier!“ Aber meine Frau hatte die Stelle bekommen, und so sind wir hierher gezogen.

Lange habe ich gedacht, dass ich einfach Glück hatte, dass nichts passiert war. Und es stimmt, ich habe bis zum 20. April letzten Jahres einfach Glück gehabt. Denn überrascht war ich von dem Angriff letztlich nicht. Es war eher eine Frage der Zeit. Und jetzt? Jetzt habe ich noch mehr das Gefühl als vorher, dass ich sehr gut aufpassen muss: Wer ist da noch auf der Straße? Wie sehen die Leute aus? Was für ein Outfit tragen sie?

Hast du Hoffnung, dass sich die Situation in Magdeburg verbessern wird und Du Dich angstfrei in der Stadt bewegen kannst?

Ich habe so gut wie keine Hoffnung, dass man die rechte Mentalität ändern kann. Nein, die lässt sich nicht mehr ändern. Die Rechten sind zur Zeit sehr gut organisiert. Da habe ich keine Hoffnung mehr. Dabei ist es wirklich Schade um die Stadt Magdeburg, dass die jungen Leute für sich keine anderen Möglichkeiten sehen. ■

5. Mai/Quedlinburg

Auf dem Heimweg kommen einer 19-jährigen Punkerin zwei Männer entgegen. Die junge Frau wechselt die Straßenseite, aber einer der Männer steht plötzlich vor ihr und beschimpft sie u.a. als „Zecke“ und schlägt ihr unvermittelt auf das Ohr. Die Betroffene erstattet Anzeige wegen Körperverletzung und Beleidigung.

9. Mai/Bitterfeld

Ein junger Punk wird am Morgen am Bahnhof von zwei augenscheinlich Rechten angegriffen. Sie beschimpfen ihn als „Scheiß Zecke“, zerren ihn in eine Seitenstraße und attackieren ihn mit Faustschlägen. Ein herbeieilender Freund des Betroffenen versuchte die AngreiferInnen zu stoppen und wird von diesen daraufhin bedroht und weggejagt. Sie schlagen weiter auf den Punk ein, bis einer der beiden meint, sie sollten lieber gehen, bevor die Polizei kommt. Der Betroffene erleidet Verletzungen im Gesicht sowie eine Gehirnerschütterung. Er erstattet Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung.

13. Mai/Naumburg

In den frühen Morgenstunden wird eine Gruppe von ca. 20 alternativen Jugendlichen von ca. 35 Hooligans angegriffen. Nachdem die Betroffenen zuvor als „Scheiß Zecken“ beschimpft wurden, schlagen und treten die Angreifer wahllos auf die Jugendlichen ein und werfen mit Bierflaschen nach ihnen. Mehrere der Betroffenen werden verletzt und müssen zum Teil ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei kann noch einige der Angreifer am Tatort stellen. Es wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

23. Mai/Naumburg

Kurz vor Mitternacht kommen fünf Hooligans auf eine Gruppe von elf alternativen Jugendlichen zugeht. Sie werfen mit Bierflaschen nach den Alternativen, die sofort flüchten. Ein Jugendlicher bleibt zurück und wird über einen Mauerabsatz geschubst und dann sofort mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Ein Angreifer schlägt dem am Boden Liegenden mehrfach mit der Faust ins Gesicht, später erhält der Betroffene mehrere Tritte gegen Kopf und Oberkörper. Er erleidet Hämatome, Hautabschürfungen und eine blutende Gesichtsverletzung. Als nach ca. zehn Minuten die Polizei eintrifft, sind die Täter bereits verschwunden.

Vor Ort: Sangerhausen

Angst und Ungewissheit nach Brandanschlag

„Ich fühle mich in Sangerhausen nicht sicher, es gibt viele Nazis hier“, berichtet ein afrikanischer Flüchtling, der die rechte Stimmung in Sangerhausen als besonders bedrohlich empfindet. Er meidet bestimmte Straßen und Plätze und geht nachts nicht vor die Tür. Rassistische Pöbeleien gehören zum Alltag. Und seit dem Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim ist seine Angst noch größer geworden. Er wehrt sich nicht, wenn er von jungen Neonazis beleidigt wird. Denn schließlich, so hat er gehört, haben sich die rechten Täter des Brandanschlags an einem Flüchtling rächen wollen, weil der sie angezeigt hatte.

Am Morgen des 6. Januars 2007 warfen Neonazis drei Molotow-Cocktails auf eine Asylbewerberunterkunft in Sangerhausen und setzten eine Wohnung im Erdgeschoss in Brand. Ein Flüchtling aus Burkina Faso konnte sich nur knapp durch einen Sprung aus dem Fenster retten. Seit Wochen versuchte er sich nachts wach zu halten, da sein Fenster bereits zweimal von Unbekannten eingeschlagen worden war.

Anklage wegen versuchten Mordes

Am gleichen Tag noch wurden Haftbefehle gegen zwei 25- und 26-jährige Männer aus Sangerhausen erlassen. Beide sind bereits wegen Körperverletzung und rechter Propagandadelikte polizeibekannt. Anfang Mai folgten ihnen ein 24-jähriger Sangerhäuser und eine 21-jährige Frau in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft Halle hat gegen die vier Tatverdächtigen Anklage wegen versuchten Mordes und besonders schwerer Brandstiftung erhoben.

Laut Ermittlungsbehörden kamen die Angeklagten von einer Feier auf dem Grundstück von Enrico Marx im vier Kilometer entfernten Dorf Sotterhausen. Das alte Gehöft, das der überregional bekannte Neonazi 2005 kaufte, dient unter dem Namen „Zum Thingplatz“ als Szenetreffpunkt für Rechte aus der Region. Regelmäßig finden dort, teilweise als Geburtstagsparty deklarierte, Rechtsrock-Konzerte statt. Enrico Marx, der seit vielen Jah-

ren in der organisierten rechten Szene aktiv ist, agiert unter dem Label „Barbarossa-Records“ als Rechtsrock-Produzent und vertreibt über den „BR-Versand“ rechte Musik, die zum Teil indiziert wurde. Seit März 2006 leitet Marx den „Stützpunkt Sangerhausen“ der Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD. Seine Lebensgefährtin, Judith Rothe, ist parteipolitisch noch stärker engagiert. Sie ist nicht nur Mitglied des NPD-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt und stellvertretende Vorsitzende des Rings Nationaler Frauen (RNF), sondern seit der Kommunalwahl im April 2007 auch Abgeordnete der NPD im Kreistag des Landkreises Mansfeld-Südharz.

Ungewisse Zukunft

Die Angst der Flüchtlinge und linksalternativen Jugendlichen vor rechter Gewalt in Sangerhausen wird vorerst bleiben. Verschlimmert wird die Situation durch den Wegfall der Netzwerkstelle für Toleranz und Demokratie im Rahmen des Projekts „Initiative Menschen ´S.Kinder“ des Evangelischen Kirchenkreises Eisleben. Wegen fehlender Anschlussfinanzierung muss sie ihre Arbeit zum 1. Juli 2007 beenden.

Für den 24-jährigen Mann aus Burkina Faso, der nach dem Anschlag auf sein Leben zu Bekannten nach Halle flüchtete, steht fest: Nach Sangerhausen kehrt er nicht zurück. Zu schrecklich sind die Erinnerungen, zu groß die Angst vor neuen Angriffen. Er hat einen Antrag auf „Umverteilung“ nach Halle gestellt, über den Mitte Juni immer noch nicht entschieden war. Auch wenn die Stadt Halle ihm eine Notunterkunft zur Verfügung gestellt hatte, sind diese Monate des Wartens und der Ungewissheit für den traumatisierten Betroffenen eine qualvolle Zeit – und für die zuständigen Behörden sind sie ein Armutszeugnis im viel beschworenen Kampf gegen Rechtsextremismus.

Am 26. Juni begann vor dem Landgericht Halle der Prozess gegen die mutmaßlichen Täter des Brandanschlags, der voraussichtlich bis Ende August dauern wird. ■

Gewalt im NPD-Wahlkampf

Eine Nachbetrachtung zu den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt

Die NPD hatte bei den Kommunalwahlen am 22. April hoch gesteckte Ziele. Erstmals trat die Partei nahezu flächendeckend an. Am Ende erreichte sie mit landesweit 2,5 Prozent der Stimmen ihr selbst gestecktes Ziel von mindestens fünf Prozent nicht. Dennoch konnte die Partei ihre Präsenz deutlich verstärken. Statt wie bisher in zwei ist die NPD jetzt in sieben der neu gewählten Kommunalparlamente vertreten. Die insgesamt 13 Abgeordneten können sogar in fünf Kreistagen eigene Fraktionen bilden.

Unerwartete Unterstützung erhielt die NPD im Wahlkampf von den Medien. Die „Mitteldeutsche Zeitung“ stellte in einigen ihrer Lokalausgaben die NPD-KandidatInnen vor, als gäbe es nicht den geringsten Zweifel an deren demokratischer Gesinnung. In der Ascherslebener Lokalausgabe vom 11. April wurde etwa unter dem Titel „Liebe auf den zweiten Blick“ ein Portrait des Wernigeröder Neonazis Michael Schäfer veröffentlicht, in dem er als mustergültiger Demokrat dargestellt wurde, der sich für die Menschen in seiner Region einsetzt.

Unerwartete mediale Unterstützung

Kein Wort war jedoch über seine Verbindungen zur gewalttätigen rechten Szene in der Harzregion zu lesen. Schäfer, der mittlerweile als „Amtsleiter für Politik“ im Bundesvorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN) firmiert, ist eine der Schlüsselfiguren bei der Annäherung der sachsen-anhaltinischen NPD an das militante rechte Spektrum. Er selbst tritt auf zahlreichen rechten Demonstrationen und Veranstaltungen in und außerhalb von Sachsen-Anhalt als Redner auf. Er unterhielt auch enge Kontakte zur sogenannten Wernigeröder Aktionsfront (WAF), die sich aus Angst vor einem Verbot nach einer Welle von Gewalttaten im Herbst 2005 auflöste, um sich kurz darauf als erster JN-Stützpunkt in Sachsen-Anhalt neu zu gründen.

Insofern verwundert es nicht, dass Schäfer während des Wahlkampfes durch Drohungen gegen politische GegnerInnen aufgefallen ist. ■

Wie etwa am 17. April, als Schäfer einen Mann daran hinderte, sich ausliegendes Infomaterial an einem NPD-Wahlkampfstand auf dem Halberstädter Marktplatz anzusehen. Wie solche Drohungen und tatsächliche Gewalt zusammenhängen, zeigte sich wenig später. Als eine Gruppe junger Punks den Platz überqueren will, kann nur die Polizei einen Angriff von rund 15 gewaltbereiten Rechten auf die Gruppe verhindern.

Militante Rechte und NPD Hand in Hand

Dass Gewalt und Rechtsextremismus untrennbar verwoben sind, zeigte sich am selben Tag auch in Halle und Bitterfeld. Ein nicht-rechter Jugendlicher wurde am Bahnhof in Halle aus einer Gruppe von ca. zehn Neonazis heraus angegriffen. Unter ihnen befanden sich AktivistInnen der JN-Halle, die anschließend einen NPD-Infostand in Bitterfeld betreuten. Nachdem der Stand dort abgebaut worden war, liefen etwa 20 Rechte kurz nach 18 Uhr geschlossen zum Bitterfelder Bahnhof. Als die Neonazis auf dem Weg zum Bahnhof fünf bis sechs alternative Jugendliche bemerkten, die zuvor an einer Gegenkundgebung teilgenommen hatten, stürmten sie teilweise verummumt auf die Alternativen zu. Die Alternativen konnten sich in das Innere eines kurdischen Lokals flüchten und so dem Angriff entkommen.

Wie diese Fälle exemplarisch deutlich machen, arbeitet die militante Rechte in Sachsen-Anhalt zunehmend für und mit der NPD/JN zusammen. Die neusten Entwicklungen innerhalb der NPD lassen für die Zukunft eine weitere Intensivierung dieser Zusammenarbeit erwarten. Anfang Juni wurde der bisherige Landeschef der NPD, Andreas Karl, durch seine bisherige Stellvertreterin Carola Holz abgelöst. Holz war in den letzten Monaten durch ihre Nähe zu militanten Rechten aus dem JN-Umfeld aufgefallen. Folgerichtig kündigte sie in einer ersten Stellungnahme zum Amtswechsel auch an, sich für einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit zwischen NPD und „freien Kameradschaften“ einzusetzen. ■

9. Juni/Halberstadt

Eine 14-köpfige Theatergruppe wird in den frühen Morgenstunden von acht Rechten angegriffen. Dabei werden fünf Personen durch Faustschläge und Fußtritte zum Teil schwer verletzt. Sie müssen ambulant bzw. stationär im Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei versäumt es trotz mehrfacher Aufforderung und bei verschiedenen Gelegenheiten die Personalien der Täter aufzunehmen bzw. sie festzunehmen. Während des Angriffs standen in etwa 100 Meter Entfernung zwei Taxis und mehrere Personen vor einer Gaststätte und beobachteten den Angriff, griffen aber nicht ein. Die Betroffenen stellten Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Polizeibeamten.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

Halberstadt: Spendenaufruf

Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt ruft gemeinsam mit dem Bürger-Bündnis für ein gewaltfreies Halberstadt dazu auf, für die Opfer des rechten Überfalls vom 10. Juni zu spenden. Das Bürgerbündnis hat bereits 1.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Die Spendengelder sollen direkt für die juristische Aufarbeitung und für entstandene Schäden eingesetzt werden. Falls das Spendenaufkommen höher sein sollte als der tatsächliche Bedarf, werden die Restgelder dem Fonds für Opfer fremdenfeindlicher und rechter Gewalt beim Verein Miteinander zur Verfügung gestellt.

Spenden können auf folgendes Konto unter dem Stichwort „Opferhilfe“ überwiesen werden:

Bürger-Bündnis Halberstadt
Konto-Nr.: 360 126 82
Kreissparkasse Halberstadt
BLZ: 810 531 32.
Stichwort „Opferhilfe“

Unterstützung für einen Koordinationsrat

Die Opferberatung unterstützt auch das Anliegen des Halberstädter Bürger-Bündnis nach der Einrichtung eines „Koordinationsrates gegen Rechtsextremismus“.

Diese Stelle soll alle lokalen Projekte gegen Rechtsextremismus in einer Hand bündeln und koordinieren. Es gibt u.a. in Pirna (Sächsische Schweiz) seit 2005 eine solche Stelle, nachdem es dort jahrelang zu massiven Problemen durch rechte Gewalt gekommen war.

Internationales Sommercamp Lichtenburg

Wie schon in den vergangenen Jahren veranstalten auch in diesem Sommer der Verein Miteinander e.V., Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und der Arbeitskreis Lichtenburg ein internationales Sommercamp auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Lichtenburg in Prettin (Landkreis Wittenberg). Das Camp findet vom 6. bis 20. August 2007 statt. Ziel des Sommercamps ist es, die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und aktuellem Rechtsextremismus mit praktischen Arbeiten zum Erhalt der Lichtenburg zu verbinden.

Gesucht werden Jugendliche und junge Erwachsene aus Sachsen-Anhalt, die Lust und Energie haben, sich zu beteiligen.

Der Eigenbeitrag für Unterkunft, Verpflegung und Ausflüge beträgt 75 Euro.

Weitere Infos und Anmeldung unter:
Katrin Bahr,
bahr@asf-ev.de
www.lichtenburg.org

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
Platanenstraße 9
06114 Halle

opferberatung.sued@miteinander-ev.de
Tel.: 0345/2 26 71 00
Fax: 0345/2 26 71 01

Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit des Mobilien Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen.

Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00
Kontoinhaber: Miteinander e.V.
Verwendungszweck: Mobile Opferberatung
(bitte angeben)

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt

Projektleitung und Koordination
Platanenstraße 9
06114 Halle

Telefon: 0345/2 26 71 00

Fax: 0345/2 26 71 01

opferberatung.sued@miteinander-ev.de

www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

Torsten Hahnel (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



gefördert von:

